

EU/EP: EU-Saatgutverordnung

Straßburg, 11.3.2014

## PRESSEMITTEILUNG

### **"EU-Kommission muss nachbessern"** **Europäisches Parlament lehnt Saatgutverordnung ab**

Die umstrittene Saatgutverordnung ist erst einmal vom Tisch. Die Europaabgeordneten haben am Dienstag in Straßburg mit breiter Mehrheit den Vorschlag der EU-Kommission für eine neue Saatgutverordnung abgelehnt. Zuvor hatten bereits der Landwirtschaftsausschuss und der Umweltausschuss des Europäischen Parlaments den Kommissionsentwurf zurückgewiesen.

„Der Kommissionsvorschlag ist für uns so nicht tragbar, da er überwiegend die Interessen großer Agrarkonzerne berücksichtigt und die Artenvielfalt gefährdet. Der von der Kommission gewählte Ansatz geht in die falsche Richtung“, erläutert die SPD-Europaabgeordnete **JUTTA HAUG**.

Die Sozialdemokratin erwartet von einem überarbeiteten Vorschlag bessere Regeln zum Handel mit Pflanzenvermehrungsmaterial, um die Qualität und die Gesundheit von Saatgut für Landwirte, Gärtner, Privatpersonen und andere Marktteilnehmer sicherzustellen. „Die EU-Kommission hat jetzt Zeit, einen neuen Vorschlag auszuarbeiten, der die Artenvielfalt stärker berücksichtigt und dafür Sorge trägt, dass altes Saatgut und traditionelle Kulturpflanzen nicht in Gefahr geraten.“ **JUTTA HAUG** fordert von der Kommission, dass sie in der nächsten Legislaturperiode mit einem wirklich neuen Vorschlag aufwartet und nicht den alten Vorschlag wieder aufwärmt.“ Schließlich ist das Signal des Parlaments mit einem derart klaren Votum gegen den Vorschlag unmissverständlich.“

Ein weiterer Grund für die Ablehnung war unter anderem der Vorstoß der EU-Kommission, viele weitere Details der Verordnung in sogenannten delegierten Rechtsakten zu regeln. Dabei hätte das Parlament bei wichtigen Detailregelungen keine Mitsprache und hätte am Ende diesen Rechtsakten lediglich zustimmen oder sie ablehnen können. „Ein solcher Vorschlag ist wie eine Art Blackbox, bei der wir am Ende nicht wissen, was tatsächlich herauskommt“, erklärt **JUTTA HAUG**.

Der abgelehnte Vorschlag sah vor, zwölf bestehende Richtlinien zum Inverkehrbringen von Pflanzenvermehrungsmaterial in einer Verordnung zusammenzufassen.

A

*Für weitere Informationen:* Büro Jutta Haug Brüssel, Tel.:+32 228 37595